

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 22.04.2010**

öffentlich

Ort: Wärmestube der Evangelischen Stadtmission
Halle e.V., Breite Straße 32a , 06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünsch	CDU	Vertretung für Herrn Andreas Schachtschneider
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	
Herr Robert Bonan	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Manfred Schuster	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Manfred Czock	SKE	
Frau Dr. Gesine Haerting	SKE	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Christian Weinert	SKE	bis 19:00 Uhr
Frau Dr. Christine Radig	ARGE SGB II Halle GmbH	
Frau Sylvia Tempel	ARGE SGB II Halle GmbH	
Herr Tobias Kogge	BG	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Frau Susanne Wildner	Verw	
Beauftragte für Integration und Migration		
Frau Petra Schneutzer		Vertreten von Frau Gasch
Frau Sylke Bühler	Verw	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	
Frau Kerstin Riethmüller	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw	
Herr Sven Weise	LIGA	
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Ernst-Christoph Römer	Evangelische Stadtnission	
Frau Jutta Schneller	Evangelische Stadtmission	

Entschuldigt fehlen:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU	entschuldigt - vertreten durch Frau Ulrike Wünsch
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.3.2010
4. Begrüßung durch den Leiter der Stadtmission Herrn Römer und Vorstellung der Arbeit der Wärmestube durch Frau Schneller
5. Diskussion zu den Schwerpunkten und Maßnahmen der Stadt Halle (Saale) zur Seniorenpolitik
6. Bericht und Diskussion zur Arbeit des Ausländerbeirates der Stadt Halle: Berichterstattung Herr Dr. Karamba Diaby
7. Beschlussvorlagen
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 8.1. Antrag der CDU-Fraktion: Bestellung einer Seniorenbeauftragten
Vorlage: V/2010/08730

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der CDU-Fraktion:
 - 8.1.1 Bestellung einer Seniorenbeauftragten (Vorlagen-Nummer: V/2010/08730)
Vorlage: V/2010/08772
 - 8.2. Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat
Vorlage: V/2010/08557
9. schriftliche Anfragen von Stadträten
10. Mitteilungen
 - 10.1. Information durch die Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses, sowie Herrn Römer und Frau Schneller als Vertreter der Evangelischen Stadtmission Halle und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende und Herr Hildebrandt bitten darum, den Antrag aus TOP 8.2 bis zur nächsten Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses zurückzustellen, da kein Zugang besteht, was die Termine betrifft. Es gibt keine Gegenstimme.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung bestätigt.

Desweiteren beantragt die Ausschussvorsitzende das Rederecht für Frau Kerstin Riethmüller bezüglich TOP 5. Es gibt keine Gegenstimme.

Die Ausschussvorsitzende informiert darüber, dass Herr Wladimir Dexbach verstorben ist. Sie würdigt seine Arbeit für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss und auch als Sprecher des Bündnisses „Migrantenorganisationen“. Dem Verstorbenen wird mit einer Schweigeminute gedacht. Die Ausschussvorsitzende dankt allen und weist auf die bevorstehende Beerdigung hin.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.3.2010

Die Niederschrift vom 18.03.2010 wird bestätigt.

zu 4 Begrüßung durch den Leiter der Stadtmission Herrn Römer und Vorstellung der Arbeit der Wärmestube durch Frau Schneller

Die Ausschussvorsitzende bittet zuerst Herrn Römer, den Leiter der Evangelischen Stadtmission Halle, zu Wort.

Herr Römer informiert darüber, dass sich die Wärmestube der Evangelischen Stadtmission nun bereits seit einem Jahr in dem Gebäude Breite Straße 32a befindet. Die Akzeptanz in der Bevölkerung sei gut, es gibt nur sehr wenige Beschwerden.

Er weist darauf hin, dass die Stadtmission eine neue Imagebroschüre herausgegeben hat und die Zeitung nun einen neuen Titel trägt.

Die Wärmestube wird seit 1991 durch die evangelische Stadtmission betrieben, ca. 1/3 der Kosten hierfür werden durch Spenden erbracht. Da die Finanzierung jedoch mit jedem Jahr schwieriger wird, bittet er für 2011 um Unterstützung.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Römer für seine Ausführungen und übergibt das Wort an Frau Schneller, Leiterin der Wärmestube.

Frau Schneller stellt die Arbeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Wärmestube vor. Sie möchte die Menschen für den Personenkreis, der sich in der Wärmestube aufhält, sensibilisieren. Sie informiert darüber, dass die Räumlichkeiten der Wärmestube Montag bis Samstag in der Zeit von 10.00 Uhr bis 15.30 Uhr für jedermann geöffnet sind.

Ziel der Mitarbeiter sei es, Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu klären, um eine Eskalation zu vermeiden. Die Mitarbeiter kümmern sich individuell um die Gäste, so werden zum Beispiel Kicker und Tischtennis angeboten, im Kreativraum können u.a. Holzarbeiten hergestellt werden, mittwochs gibt es eine Kaffeetafel, donnerstags wechselnd Abendbrotbuffet, Vorträge zu aktuellen Themen etc.. Auch werden gemeinsame Ausflüge unternommen, um dem hier verkehrenden Personenkreis eine Teilnahme am sozialen Leben zu gewährleisten.

Zu den Öffnungszeiten befinden sich 4 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und ein FSJler in der Einrichtung.

Es wird darüber informiert, dass über 50 % der Besucher SGB II- Bezieher sind und 2/3 davon männlich. Die Beratungstätigkeit findet zum Schutz der Privatsphäre in einem gesonderten Raum statt. Jährlich nehmen zwischen 130 und 160 neue Besucher die Angebote der Wärmestube wahr. Es besteht der Wunsch, dass die sozialen Einrichtungen besser untereinander vernetzt werden.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Schneller und Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die geleistete Arbeit.

Frau Wolff fragt nach der ehemaligen Wärmestube, warum der Umzug in ein neues Objekt vorgenommen wurde. Sie möchte wissen, was mit den alten Räumen passiert und ob auch Migranten bzw. Aussiedler die Angebote der Wärmestube nutzen.

Frau Schneller antwortet, dass Migranten bzw. Aussiedler die Wärmestube nur sehr vereinzelt aufsuchen.

Herr Römer ergänzt, dass momentan Umbaumaßnahmen in den Räumen der ehemaligen Wärmestube durchgeführt werden. Der nebenan befindliche Kindergarten soll erweitert werden. Ein Umzug der Wärmestube in das neue Objekt wurde auch getätigt, da eine räumliche Trennung von Kita und Wärmestube erfolgen sollte.

Herr Raik Müller möchte wissen, ob bei den Besuchern der Wärmestube die Bedürftigkeit geprüft wird. Frau Schneller verneint dies.

Herr Müller möchte desweiteren wissen, wie viele Familien bzw. Kinder an der Essensversorgung teilnehmen. Frau Schneller antwortet, dass Familien mit Kindern hier gar nicht daran teilnehmen, da die Kinder in den Einrichtungen essen sollen und nicht in der Wärmestube. Sie weist darauf hin, dass die Wärmestube eine „Erwachseneneinrichtung“ ist.

Herr Bonan fragt nach, ob hier bewusst auf den Einsatz von Zivildienstleistenden verzichtet wird.

Herr Römer erläutert, dass dies hauptsächlich eine Haushaltsfrage sei. Zivildienstleistende seien teuer und außerdem FSJler meist motivierter.

zu 5 Diskussion zu den Schwerpunkten und Maßnahmen der Stadt Halle (Saale) zur Seniorenpolitik

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Riethmüller für ihr Erscheinen und erteilt ihr das Wort. Frau Riethmüller nennt Eckpunkte der Seniorenpolitik. Sie dankt für das anhaltende Interesse an diesem Thema.

Sie informiert darüber, dass es inzwischen mehrere Fortschreibungen des Altenhilfeplanes gibt und dass durch den demographischen Wandel ein Rückgang der Gesamtbevölkerung erfolgt, sowie eine Zunahme von älteren Menschen. Im Jahr 2009 seien 29% der Gesamtbevölkerung über 60 Jahre alt, im Jahr 2025 werden es schon 32 % sein.

Im Bericht wurden Aussagen zur materiellen Situation, zu Angeboten der offenen Altenarbeit (Beratungsstellen, Barrierefreiheit, Seniorenberatung, altersgerechte Wohnformen), zu bürgerschaftlichem Engagement, zur Gesundheit älterer Menschen, zu Pflege (Entwicklung Anteil Pflegebedarf/ Pflegelandschaft), zu Migranten, sowie zum altenpolitischen Leitbild getroffen. Letzteres dient als Diskussionsgrundlage und wird beständig angepasst und fortgeschrieben.

Als Schwerpunkt für die Zukunft wird genannt, den Menschen möglichst lange aktiv im Alter in das städtische Leben einzubinden. Außerdem soll mit der steigenden Anzahl der Hochaltrigen erreicht werden, dass diesen Schutz und Sicherheit gewährleistet wird, damit sie mit Hilfe von Pflege und Betreuung so lange wie möglich in der eigenen Wohnung verbleiben können.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Riethmüller für deren Ausführungen und bittet nun um Wortbeiträge.

Herr Kogge weist nochmals darauf hin, dass noch die Möglichkeit zur Gestaltung besteht. So müssten Dementeneinrichtungen auch im ambulanten Bereich geschaffen werden. Außerdem müsse eine bessere Vernetzung geschaffen werden. Herr Kogge bittet um Auseinandersetzung mit dem Thema „lebenserfahrene Bürger“, da das Älterwerden nicht nur in der Verantwortung der Kommunen liegen sollte.

Frau Wolff findet es wichtig, dass es eine bundespolitische Aufgabe ist, da dies allein durch die Kommune nicht gewährleistet werden kann.

Die Ausschussvorsitzende erklärt, dass im Arbeitskreis der Fraktion der Linken der Bericht wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde, auch die Tatsache, dass die Ausländerproblematik enthalten ist. Sie regt an, in Zukunft auch Dinge in den Bericht mit aufzunehmen, die bisher noch nicht funktioniert haben. Sie fragt nach, ob angedacht sei, wie in der Jugendhilfe die Aufteilung in Sozialräume vorzunehmen; ob man den Stiftungen St. Cyriaci und Riebeckstift mehr Modellcharakter geben könnte (ggf. als Treffpunkt ausweiten) und wie man Seniorencards/ Ehrenamtskarten/ Netzwerke für Angehörige umsetzen kann.

Herr Schuster dankt Frau Riethmüller für den guten Bericht. Er möchte wissen, ob die Begegnungsstätten eine freiwillige Leistung seien oder nicht. Er bittet darum, im nächsten Bericht darzustellen, welche Begegnungsstätten öffentlich und nicht öffentlich sind und was diese leisten.

Herr Kogge informiert darüber, dass Stiftungen nicht geändert werden können. Im Riebeckstift sei außerdem eine öffentliche Begegnungsstätte vorhanden.

Die Träger seien bereits sehr innovativ und aktiv. Die Schwierigkeit sei die Verknüpfung der verschiedenen Ebenen, es könnte sonst mehr geleistet werden. So überweisen Hausärzte zum Beispiel bei Demenz oft zu spät.

Der Bereich der älteren Menschen soll in die Sozialräume mit eingearbeitet werden.

Finanzierungsmöglichkeiten durch die Kommune seien jedoch nicht gegeben, so müsste entweder umgeschichtet und Standards verändert oder frühzeitig entgegengewirkt werden.

Herr Kogge erläutert außerdem, dass in Halle alle Beauftragten hauptamtlich beschäftigt seien (nicht ehrenamtlich), dies sei der Unterschied zu Magdeburg. Er hält es jedoch für problematisch, die Person des oder der Seniorenbeauftragten aus der Stadtverwaltung herauszulösen. So sei die Aufgabe von Frau Riethmüller den Aufgaben der anderen Beauftragten sehr ähnlich.

Frau Riethmüller erklärt, dass es eine sehr aktive Rentengruppe gibt, woraufhin die Ausschussvorsitzende Herrn Dorn als Sachverständigen das Wort erteilt.

Herr Dorn informiert darüber, dass sich die Seniorenvertretung mit Ungerechtigkeiten im Rentenwesen beschäftigt. Diese Anliegen werden durch die Gruppe nach außen getragen, mehr kann hier aber nicht getan werden.

Frau Riethmüller ergänzt, dass bezüglich der Sozialräume/ Sozialgruppen genau nachgedacht werden muss, wie vorgegangen werden soll. Sie plant dies mit anderen Akteuren zu diskutieren. Auch muss überlegt werden, wo das Netzwerk für Angehörige angedockt werden könnte.

Bezüglich der Ehrenamtskarte wird eine Idee für alle ehrenamtlichen Modelle entwickelt und diskutiert. Sie weist darauf hin, dass es im St. Cyriaci ein offenes Bewohnercafé gibt und diverse Wochenendveranstaltungen in anderen Begegnungsstätten.

Frau Dr. Haerting lobt den Bericht, da sie hier viele wichtige Handlungsvorschläge gefunden hat. Sie fragt sich allerdings, wie all das, was als Handlungsvorschläge genannt wurde, durch die Stadtverwaltung umgesetzt werden soll.

Sie möchte wissen, wie der Begriff Barrierefreiheit ausgelegt ist und was das Audit „Seniorenfreundlicher Service beinhaltet“. Desweiteren bittet sie darum, dass die städtischen Wohnungsgesellschaften (HWG und GWG) mehr auf den Mix von Jung und Alt achten sollten. Frau Dr. Haerting äußert sich enttäuscht darüber, dass die Schaffung der Stelle der Seniorenbeauftragten nicht zu einem Zuwachs an Arbeitskraft im Bereich Senioren führt, da die bestehende Arbeitsstelle von Frau Riethmüller einfach umbenannt wird.“

Frau Tomczyk-Radji fragt bezüglich eines Zeitungs-Berichtes über Senioren-Wohngemeinschaften. Sie regt an, ob nicht ein Wettbewerb gestartet werden kann bezüglich neuer Wohnformen im Alter und dem Wunsch nach mehr Ordnung und Sicherheit (Straßenbeleuchtung, Concierge).

Herr Czock erinnert daran, dass es vor ca. 3 Jahren eine Arbeitsgruppe Seniorengesundheit gab, welche er gern wieder in Kraft gesetzt sähe. Auch würde er gern Frau Reuter wieder mit einbinden.

Herr Dr. Yousif regt an, dass zukünftig mehr Wert gelegt werden sollte auf die Qualifizierung des Heim- und Pflegepersonals zur Betreuung von Ausländern und Migranten. Desweiteren sollten auch Migrantenkinder in Pflegeberufen ausgebildet und qualifiziert werden.

Frau Hanna Haupt kritisiert, dass im Bericht die Aussagen bezüglich Treffpunkten für Vereinsamte zu kurz kommen. Dies funktioniere zum Beispiel in den Kirchengemeinden sehr gut und verdiene mehr als bloß eine kurze Erwähnung.

Herr Dr. Bartsch wünscht sich mehr multikulturelle Treffs für Jung und Alt. Auch sollten diese besser im Stadtgebiet verteilt werden.

Herr Kogge erläutert, dass die Berichte erstellt werden, um den Stadträten und den Bürgerinnen und Bürgern Informationen zukommen zu lassen. Bezüglich der Anfrage von Wettbewerben zu altersgerechten Wohnformen müssten allerdings die Wohnungsgesellschaften selbst befragt werden. Eine Erfassung von Personen, die Deutsche sind, jedoch Migrationshintergrund haben, sei problematisch da es keine Kennzeichnung gibt z.B. für den Bereich Spätaussiedler. Er weist darauf hin, dass Kirchengemeinden und Gewerkschaften sehr aktiv und auch alle dankbar seien für die geleistete Arbeit, auch wenn nicht alles im Bericht erwähnt wird. Dieser wird jedoch ständig weiter qualifiziert.

Frau Riethmüller weist darauf hin, dass der Stadt seniorenrat ein Audit für familienfreundlichen Service ins Leben gerufen hat.

Herr Dorn ergänzt hierzu, dass mit dem Audit die Öffentlichkeit informiert und sensibilisiert werden soll, Kriterien wurden erarbeitet und eine Prüfung wurde vorgenommen. 35 Apotheken haben sich beworben und Mitte Juni zum Tag des Apothekers werden die ersten Zertifikate überreicht.

Frau Riethmüller informiert darüber, dass die Arbeitsgruppe Senioren und Gesundheit neu beraten wird. Sie weist außerdem darauf hin, dass im Seniorenwegweiser ein extra Kapitel bezüglich Kirchengemeinden aufgeführt sei.

Herr Dr. Fischer informiert, dass der Begriff Barrierefreiheit erstmalig 2002 im Bundesgleichstellungsgesetz definiert wurde. Dieser beinhaltet nicht nur die Belange mobilitätseingeschränkter Menschen sondern auch die sinneseingeschränkter Menschen jeglicher Art. Er weist darauf hin, dass es in der Stadt Halle nicht ein einziges Gebäude gibt, welches wirklich barrierefrei ist.

Nicht beantwortete Fragen werden mitgenommen und schriftlich beantwortet.

Bezüglich der mündlichen Anfrage von Frau Ute Haupt aus der Sitzung vom 24.03.2010 zur Informationsvorlage „Älter werden in Halle“ bittet sie darum, diese dem Stadtrat zukünftig als Beschlussvorlage vorzulegen.

Herr Kogge antwortet, dass es hierzu keine Einwände gäbe, er empfiehlt eine spätere Verständigung hierzu.

zu 6 Bericht und Diskussion zur Arbeit des Ausländerbeirates der Stadt Halle: Berichterstattung Herr Dr. Karamba Diaby

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herr Dr. Karamba Diaby und bittet um Berichterstattung zur Arbeit des Ausländerbeirates Halle.

Herr Dr. Diaby informiert über die Tätigkeit des Ausländerbeirates. So gibt es zum Beispiel eine Website, welche regelmäßig gepflegt werde, es wird Kontakt zur Integrationsbeauftragten gehalten, es gibt Arbeitsgespräche mit dem Seniorenrat, Netzwerkarbeit, Mitarbeit in Fachgruppen, in der Arbeitsgruppe ARGE, Mitarbeit im Präventionsrat und außerdem ist der Ausländerbeirat Halle vertreten im Bundesintegrationsbeirat sowie im Begleitausschuss des lokalen Aktionsplanes.

Der Ausländerbeirat Halle wird durch die Stadt mit 5000€ jährlich gefördert und er unterstützt mit diesem Geld viele Projekte von Migranten. Es gibt außerdem eine enge Zusammenarbeit mit Herrn Kogge, dem Landesverwaltungsamt, dem Gesundheitsamt und der Gleichstellungsbeauftragten Frau Wildner.

Herr Dr. Diaby wirbt dafür, die Struktur des Ausländerbeirates an die Realität anzupassen. So wird ein neuer Name diskutiert, da der Name Ausländerbeirat nicht mehr passend sei (6 Mitglieder sind eingebürgert bzw. Aussiedler und nur 3 sind Ausländer). Er informiert darüber, dass durch den Ausländerbeirat eine Studie an einen Politikstudenten in Auftrag gegeben wurde. In dieser Studie wurde festgestellt, dass 50 % der Beiräte nicht mehr den Namen „Ausländerbeirat“ tragen würden.

Er bittet darum, dass sich die Fraktionen an der Diskussion diesbezüglich beteiligen und gemeinsam eine neue Struktur schaffen.

Frau Wolff findet es gut, dass sich darum Gedanken gemacht werde.

Die Ausschussvorsitzende und Frau Wolff sind der Meinung, dass über die Zusammensetzung des Ausländerbeirates Diskussionsbedarf besteht.

Frau Wildner erinnert daran, dass es ein sehr steiniger Weg war, den Ausländerbeirat zu gründen, Dem sind damals 2 Jahre an Diskussionen vorausgegangen. Ein wichtiger Punkt auf dem Weg war, dass damals der Anspruch bestand, die Wahl des Gremiums so demokratisch wie möglich durchzuführen. Dies war jedoch auch sehr aufwendig.

Herr Mamad Mohamad macht darauf aufmerksam, dass sich viele ausländische Jugendliche nicht als Ausländer fühlen und daher auch einen Ausländerbeirat nicht für nötig erachten. Es gäbe hier auch sehr viele offene Fragen und er sieht große Chancen in der Umstrukturierung.

Frau Tomczyk-Radji möchte wissen, wie viele von den wahlberechtigten ausländischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen gewählt haben. Herr Dr. Diaby antwortet, dass die Wahlbeteiligung in der ersten Wahlperiode bei 8 % lag, bei der letzten nur noch bei 5 %.

In Arbeitsgruppen werde außerdem diskutiert, wer den Ausländerbeirat bestellen soll, jeder ist eingeladen mitzudiskutieren.

Einladungen werden demnächst an alle Fraktionen verschickt, Dr. Diaby bittet um Unterstützung.

zu 7 Beschlussvorlagen

keine

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Antrag der CDU-Fraktion: Bestellung einer Seniorenbeauftragten Vorlage: V/2010/08730

Herr Hildebrandt erläutert die Wichtigkeit des Antrages, da es sich hierbei um eine Koordinierungsstelle, d.h. auch Ansprechpartner für die Senioren handelt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag (in modifizierter Form):

Die Stadt Halle bestellt gemäß § 74a GO LSA eine(n) hauptamtlich tätige(n) Seniorenbeauftragte(n).

Die Verwaltung wird gebeten, ein geeignetes Stellenprofil dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss vorab zur Kenntnis zu geben.

Die Änderungen resultieren aus dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, welcher die Modifizierung des ersten Satzes zum Inhalt hatte.

Die zusätzliche Satz 2 entstammte dem Vorschlag von Ute Haupt, der von der CDU-Fraktion übernommen wurde.

zu 8.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der CDU-Fraktion: Bestellung einer Seniorenbeauftragten (Vorlagen-Nummer: V/2010/08730) Vorlage: V/2010/08772

Abstimmungsergebnis: **erledigt**

Der Änderungsantrag wurde von der CDU-Fraktion übernommen, so dass die Antragsteller den Antrag als erledigt erklärt haben.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

Die Stadt Halle bestellt gemäß § 74a GO LSA eine(n) hauptamtlich tätige(n) Seniorenbeauftragte(n).

**zu 8.2 Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur
Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat
Vorlage: V/2010/08557**

Der Antrag wird in die nächste Sitzung des Sozial-, Gesundheits und Gleichstellungsausschusses verschoben.

zu 9 schriftliche Anfragen von Stadträten

keine

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Information durch die Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH

Frau Hanna Haupt bittet darum, den Tagesordnungspunkt „Information durch die Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH“ zukünftig unter den Tagesordnungspunkt Berichte einzufügen. Hierzu besteht allgemeines Einverständnis.

Frau Tempel ergreift das Wort und informiert darüber, dass im vergangenen Monat ein Rückgang der Jugendlichen unter 25, der Ausländer und auch der Schwerbehinderten zu verzeichnen ist. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist relativ stabil, die Zahl der Sozialgeldempfänger eher rückläufig. 600 Millionen € Eingliederungstitel wurden freigegeben, das Arbeitsmarktprogramm wird entsprechend angepasst. Bezüglich der Zielgruppenförderung soll die Vorbildfunktion der Eltern gestärkt werden. Näheres ist der Statistik des Monats März 2010 zu entnehmen, welche zum Ausschuss am 22.04.2010 ausgeteilt wurde.

Frau Tomczyk-Radji fragt nach den Aufstockern. Diese werden laut Frau Tempel nicht gesondert aufgeführt, die Zahl liegt stabil bei 6000 – 6500. Die über 50-jährigen Facharbeiter werden gesondert geschult, es wird versucht, ein Anknüpfen an erlernte Berufe möglich zu machen. Dies funktioniert allerdings nicht immer, da die Facharbeiterabschlüsse oft zu weit zurück liegen, ggf. ergeben sich aber auch Alternativen aus Hobbies heraus.

Frau Wolff fragt nach, wo die Gruppe der Selbstständigen erfasst sei, die zusätzlich zu ihrem Einkommen noch Geld von der ARGE beziehen. Frau Tempel erläutert, dass diese zu den Aufstickern zählen, die aktuelle Zahl wird zur nächsten Sitzung mitgebracht.

Herr Bonan berichtet davon, dass ihm aufgefallen sei, dass Mitarbeiter des „Service aktiv“ nicht auf die Fahrgäste in den Straßenbahnen zugehen bzw. sogar teils negativ auffallen. So sei er auch schon von blinden Fahrgästen bezüglich der erweiterten Haltestelle am Franckeplatz angesprochen wurden. Er fragt sich nun, inwieweit die Mitarbeiter des „Service aktiv“ auf den Umgang mit blinden Menschen bzw. Menschen mit anderweitigen Behinderungen geschult wurden. Diese Frage wird durch Frau Tempel an die zuständige Stelle weitergeleitet.

Frau Tempel bittet darum, den Menschen, die nach jahrelanger Arbeitslosigkeit in diesem Projekt wieder eine Beschäftigung gefunden haben, eine Chance zu geben.

zu 11 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Bezüglich der Anfrage von Frau Tomczyk-Radjı zum Zeitungsbericht über die bundesweite Gesundheitsstudie für Erwachsene des Robert-Koch-Institutes erläutert Herr Dr. Wilhelms, dass die Aufgaben des Institutes die Gesundheitsplanung, die Beratung und die Berichterstattung sind. Die hier durchgeführte Studie wird nach Beendigung bundesweit veröffentlicht. Herr Dr. Wilhelms wird dies zu gegebener Zeit vorstellen.

Herr Müller fragt nach den Kriterien für die Ausschreibung für die Wohnsozialisierungshilfe und nach dem Konzept und der Beantragung für das kostenlose Mittagessen („Freitisch“). Dies wird schriftlich beantwortet.

Die Ausschussvorsitzende möchte von Herrn Weise wissen, ob es Neuigkeiten bezüglich des Arbeitskreises Armut gibt. Herr Weise gibt an, dass ein dementsprechendes Konzept erstellt wird.

Die Ausschussvorsitzende hat Anfragen von Vereinen bezüglich der Fördermittel bekommen und wollte im Mai eigentlich über die Fördermittelvergabe abstimmen. Frau Wildner erläutert, dass die erste gemeinsame Fördermittelvorgabe in der Verwaltung noch im Abstimmungsprozess sei.

zu 12 **Anregungen**

Frau Wolff erinnert daran, dass sie über die zum Teil sexistische Plakatierung in der Stadt Halle als eigenständigen Tagesordnungspunkt sprechen möchte.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.05.10

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Susann Rudloff
stellv. Protokollführerin